

PRESSEINFORMATION 18/2024

Konjunkturbericht für BW mit Fokus auf kleine Unternehmen

BWIHK: Wenig Optimismus, viel Skepsis

Stuttgart, 27. Februar 2024 – Einpersonen- und Kleinstunternehmen aus Baden-Württemberg macht die aktuelle wirtschaftliche Lage deutlich zu schaffen, zeigt eine Sonderauswertung der IHK-Konjunkturumfrage.

Echter Optimismus geht wohl anders: Einpersonen- und Kleinstunternehmen (EKU) beurteilen in der Mehrzahl (51 Prozent) ihre aktuelle Geschäftslage als ‚befriedigend‘ und auch die Aussichten für die kommenden zwölf Monate schätzen sie vor allem ‚gleich bleibend‘ (52 Prozent) ein. Mit beiden Einschätzungen liegen diese in etwa gleichauf mit den Unternehmen aller Größenklassen.

Umsatzrückgänge nicht aufzufangen

Kritischer sehen die EKU ihre Umsatzentwicklung. Bei dieser Frage sprechen 39 Prozent von ‚gleich bleibenden Umsätzen‘ und 21 Prozent von Steigerungen. In der Gesamtwirtschaft sind die Daten besser: 29 Prozent vermelden einen Umsatzzuwachs und 33 Prozent ‚gleich bleibend‘. „Kleine Unternehmen haben oft einen kleineren Kundenstamm. Ist dieser zurückhaltend, lässt sich das in aller Regel nicht so schnell auffangen“, sagt Vincent Schoch, Leiter des Arbeitskreises für Einpersonen- und Kleinstunternehmen (EKU) bei der IHK Reutlingen, die landesweit das Thema für den Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) koordiniert. Dementsprechend geben EKU auch bei den Auftragseingängen eher negative Tendenzen an, weil mehr Firmen fallende als steigende Aufträge melden.

Sorgen macht den EKU vor allem die Inlandsnachfrage. Bei der Frage nach den größten Risiken für die eigene wirtschaftliche Entwicklung liegt diese mit 59 Prozent vorne. Weitere Herausforderungen werden in den hohen Rohstoff- und Energiepreisen (52 Prozent) und der aktuellen Wirtschaftspolitik (36 Prozent) gesehen, denn vor allem kleine Unternehmen leiden unter der übermäßigen Bürokratie. All diese Faktoren belasten unmittelbar das laufende Geschäft und die Kostenstruktur der Kleinstunternehmen. Dies kann als einer der Faktoren herangezogen werden, weshalb knapp ein Viertel der befragten EKU ihre aktuelle Ertragslage als schlecht (22 Prozent) beurteilen. „Gerade EKU verfügen meist über keine ausgeprägte

Marktmacht. Aus diesem Grund kann eine erhöhte Kostenstruktur kaum an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden“, so Schoch.

Alarmsignal Investitionen

Die eingetrübte Grundstimmung schlägt auch auf die Investitionsplanungen der EKU durch. Lediglich 16 Prozent wollen mehr investieren, aber 30 Prozent wollen derzeit nicht investieren. In der Gesamtwirtschaft wollen 22 Prozent investieren, nur 13 Prozent nicht investieren. Investitionen sind für die eigene Geschäftsentwicklung fundamental. Wenn nicht investiert wird, zeugt das von ausgeprägter Skepsis und ist ein Alarmsignal. Bei den Investitionsmotiven zeigt sich, dass vor allem Ersatzbedarf (63 Prozent) vorne steht. Digitalisierung (42), Innovationen (30) und Rationalisierung (21) folgen mit klarem Abstand.

Hintergrund

Die BWIHK-Konjunkturumfrage findet dreimal im Jahr statt. Aus der aktuellen Umfrage zum Jahresbeginn (insgesamt 3.547 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) wurden die Rückmeldungen der 858 Einpersonen- und Kleinstunternehmen (EKU) ausgewertet. EKU sind Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten (Vollzeitäquivalenten).

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [dort](#).

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIHK | AK EKU
IHK Reutlingen
Vincent Schoch
Telefon: 07121 201-167
E-Mail: schoch@reutlingen.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.